

Mi., 18.09.2013

WN-Forum zur Bundestagswahl

Zwischen Bildung und Verkehr



Meist sachlich und verbindlich im Ton diskutierten Anja Karliczek und Jürgen CoBe miteinander. Bei Themen wie Mindestlohn und Betreuungsgeld ging es verbal aber auch einmal etwas härter zur Sache. Foto: Paul Meyer zu Brickwedde

Westerkappeln/Tecklenburger Land - Rund 150 Bürger haben am Dienstagabend die Gelegenheit genutzt, sich ein Bild von den beiden Bundestagskandidaten Anja Karliczek (CDU) und Jürgen CoBe (SPD) zu machen. In der Gempt-Halle stellte sich das Duo zwei Stunden lang zahlreichen Fragen. Die Themen waren vielfältig – von der Teutoburger Waldeisenbahn bis zur europäischen Bankenkrise, vom Betreuungsgeld bis zur Energiepolitik.

Von Frank Klausmeyer, Paul Meyer zu Brickwedde

In wenigen Tagen haben es Jürgen CoBe und Anja Karliczek geschafft. Wenn am Sonntag, 22. September, der Wähler das Wort hat, liegt hinter den beiden aussichtsreichsten Direktkandidaten im hiesigen Wahlkreis ein Wahlkampf-Marathon. Über 300 Termine habe sie wahrgenommen, sagt Karliczek; CoBe spricht sogar von rund 350 Veranstaltungen. Am Dienstagabend absolvierten beide einen gemeinsamen Auftritt. Auf Einladung der Westfälischen Nachrichten diskutierten sie über regionale, nationale und europäische Themen. Mal wurden starke Differenzen deutlich, mal lagen CoBe und Karliczek nahezu auf einer Wellenlänge.

Finanzmärkte: Wenn es nach Jürgen CoBe und seiner SPD geht, wird nach der Wahl eine Finanztransaktionssteuer eingeführt, um die Verursacher der Banken- und Finanzkrise an den Kosten zu beteiligen. „Es kann doch nicht sein, dass der Steuerzahler dafür aufkommen muss, wenn die Banken sich verzockt haben“, erklärt CoBe. Überhaupt: Nicht nur Banken, auch die Börsenplätze gehörten kontrolliert.

So weit liegt er mit Anja Karliczek nicht auseinander, wenngleich die CDU-Kandidatin klarstellt, dass eine Lösung zur Transaktionssteuer nur auf europäischer Ebene Sinn macht. Überdies sei bereits einiges getan worden, verweist Karliczek auf die Erhöhung des Eigenkapitals bei den Banken.

Steuern und Staatsverschuldung: CoBe unterstützt die Forderung der SPD, den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent anzuheben. Die zu erwartenden Mehreinnahmen sollten unter anderem zum Schuldenabbau genutzt werden. Auch eine Vermögenssteuer sei wichtig und richtig, solange nicht die Substanz von Unternehmen gefährdet werde.

Besonders den mittelständischen Betrieben müsse Luft zum Investieren gelassen werden, fordert Karliczek. Beim Thema Schuldenabbau sieht sie den Bund auf dem „richtigen Weg“. 2015 werde man erstmals ohne neue Schulden auskommen.

Mindestlöhne: Ja, die CDU sei dafür, wolle die Festsetzung aber den Tarifpartnern überlassen. „Das muss branchenspezifisch geregelt werden“, sagt Karliczek. Sonst drohten insbesondere in den ost-deutschen Bundesländern wegen der Nähe zu Polen Arbeitsplätze wegzufallen.

Coße hält dagegen. Jeder politisch Verantwortliche müsse sich die Frage stellen, ob er bereit sei, für 4,50 Euro die Stunde zu arbeiten. Es sei nicht in Ordnung, wenn der Staat das Geschäftsmodell des Lohndumpings über Hartz IV subventioniere.

„Der Arbeitsmarkt muss sich doch entwickeln können“, entgegnet Karliczek. Dass dies geschehe, sei an der deutlich abnehmenden Zahl der Aufstocker zu erkennen. Damit Arbeitnehmer gut verdienen, müssten sie gut ausgebildet sein..

Kohlepolitik: Beide Kontrahenten sind sich einig, dass das Aus für die Zeche in Ibbenbüren beschlossene Sache ist, wobei Coße kritisiert, dass die jetzige Bundesregierung die Revisionsklausel für 2012 aus dem Kohlekompromiss gestrichen hat. Jetzt müsse es darum gehen, den Strukturwandel in der Region vernünftig hinzukriegen. Dafür müssten sich alle Beteiligten auch um EU-Mittel bemühen, ergänzt Karliczek.

Bildungs- und Familienpolitik: Ein eindeutiges „Ja“ gibt es von Coße auf die Frage, ob die Bildungspolitik in Deutschland auf den Bund übertragen werden soll. „Wir erwarten immer mehr Mobilität von jungen Leuten, kriegen aber keine einheitlichen Standards hin.“ Karliczek sieht dagegen Schwierigkeiten, den Ländern diese Hoheitsaufgabe wegzunehmen. Es sei aber sinnvoll, schrittweise einheitliche Standards umzusetzen.

Frontal prallen die Meinungen beim Thema Betreuungsgeld aufeinander. Während die CDU-Politikerin sogar sagt „es müsste eigentlich mehr sein“, lässt ihr sozialdemokratischer Gegenpart kein gutes Haar an der „Herdprämie“ und will sie, ebenso wie die Kita-Gebühren, abschaffen.

Infrastruktur und Verkehr: Was soll aus der TWE-Trasse werden? Sie für den Personennahverkehr zu reaktivieren, sei wirtschaftlich nicht machbar, glaubt Anja Karliczek. „Die Strecke muss aber erhalten bleiben, weil man nicht in die Zukunft schauen kann.“ „Reizvoll“ findet sie die Idee, eine Fahrradrouten daraus zu machen.

„Das ließe sich später nicht einfach wieder zurückdrehen“, mahnt Coße. Wichtig sei, nicht nur diese Bahnverbindung zu berücksichtigen. „Wir brauchen ein vernünftiges Verkehrskonzept für den ganzen ländlichen Raum.“

Dass sich der Flughafen Münster-Osnabrück in schwierigem Fahrwasser befindet, liege vielleicht auch daran, dass sich die Verantwortlichen in der Vergangenheit um die falschen Dinge gekümmert hätten, denkt Coße. Eine Startbahnverlängerung lehnt er ab.

Karliczek möchte diese nicht ganz beerdigen. Das Problem mangelhafter Auslastung sei europaweit zu lösen. „Wir brauchen nicht alle 50 Kilometer einen Flughafen.“ Und es könne nicht sein, dass andere Airports – wie Dortmund – dauerhaft subventioniert würden.